forum
homosexualität
münchen e.V.

SONDERNUMMER
Dez. 86

LOWENSPIEGEL
kellerjournal

***...wir müssen jetzt aber über AIDS reden, und über SCHWULENVERFOLGUNG**

WIR REDEN JETZT KLARTEXT

UNSER BAYERN HEUTE

Wir befinden uns im AIDS-Zeitalter. Man muß vorsichtig sein. Kondome sind notwendig. Safer sex ist das Gebot der Stunde. Es gibt in München keine backrooms mehr. Gespräche miteinander sind wichtiger geworden als Marktwünsche. Die Lokale unserer Scene sind keine Lasterhöhlen, sondern Begegnungsstätten. Denn schwul ist kein Laster und vom Staat erlaubt.

Müssen wir nun aufhören, „gay" zu sein? Und gay heißt schlicht „lustig"?

Nein.

Wir haben unsere Treffpunkte, in denen wir unser eigenes Leben führen können. Es wird gesprochen, getrunken, gewürfelt, geflippert, getanzt, Musik gehört. Es werden Bilder betrachtet, Zeitschriften gelesen, Diskussionen geführt, Vorträge gehalten. Und gar nicht nur über schwule Themen, sondern über alles, was den Bürger von heute bewegt. Selbstverständlich ist auch von sex die Rede. Das ist das gute Recht von jedermann.

Aber diese ganze Lokal-Scene heutzutage ist so „normal" wie die andere der Heteros. Es geschieht unter anderem Vorzeichen das gleiche. Warum also müssen wir von Diskriminierung, ja sogar Verfolgung sprechen? Der Staat, die Obrigkeit, die Regierungspartei wollen in diesem, unserem Lande, also in Bayern, bestimmen und die Ordnung halten. Aber wie?

Früher sprach man in Preußen vom „doofen Bayern", der nichts als Bier trinkt, nichts von der Welt versteht, sich stur immer mit den gleichen Dingen beschäftigt und hofft, daß immer alles so bleibt, wie es gerade ist.

Das war Blödsinn.

Bayern hat sich nach dem letzten Krieg industrialisiert, damit Geld ins Land kommt und wirtschaftliche und damit auch politische Macht gewonnen. Und zur Macht gehört Ordnung. Man hat nach Preußen geschielt und versucht, deren Ordnung zu kopieren. Dabei gab es in Bayern Ordnung, die auf den Grafen Montgelas zurückgeht. Und anders als im preußischen Bereich war diese Ordnung ergänzt durch den Begriff: Einmal auch fünf gerade sein lassen zu können. Das machte das Land in der ganzen Welt so liebenswert.

Aber was geschieht nun?

Der Staat, die Regierung, die Regierungspartei ahmen ein Preußen nach, das es so nie gab. Alles soll jetzt schulmeisterliche Regeln haben. Die Führungsspitze mit ihrem permanenten Zitaten-Hang zur Bildungsantike, der Stolz auf das „erstklassige Bayerische Abitur", ein elite-bezahltes und sich als Elite fühlendes Beamtentum, das die Verdienstkreuze erhält, sollen Vorbild sein. Eine Super Ordnung wird errichtet, die — ganz deutsche Mentalität — alles bisherige in den Schatten stellen soll. Die Führung des Freistaates Bayern ist überzeugt, daß es preußischer zugehen soll. Und außer dieser Führung hierzulande niemand.

Opfer dieses freistaatsbayerischen Nachholbedarfs an Reglement, Gesetzestreue und Rationalität sind nun plötzlich die Schwulen und wahrscheinlich demnächst jede weitere Gruppe der Gesellschaft. Jedenfalls handelt es sich dabei um Minderheiten. Minderheiten sind für die seit langem regierende Mehrheit in Bayern ein Unding, auch ein Rätsel. Wie kann es sein, daß ein Bürger nicht mehrheitlich denkt? Er muß unaufgeklärt sein, er hat gewissermaßen in der Schule nicht Obacht gegeben, vielleicht ist er sogar verrückt. Wieso lebt er nicht wie die Mehrheit, die doch glänzend lebt? Man muß allerdings nicht mit solchen Minderheiten rechnen, wenn sie klein bleiben, unbedeutend sind.

Aber wenn eine Minderheit sich plötzlich vergrößert, wird eingeschritten. Und wenn eine solche Minderheit noch dazu Anlaß bietet, sie „zur Ordnung zu rufen", kommt der Befehl zur Einschränkung. Und diese Einschränkungen sind in Deutschland so gefährlich, weil sie mit der uns eigenen Intensität und systematischen Gründlichkeit durchgeführt werden. Einschränkungen aber werden hier bei uns unmittelbar zu Diskriminierungen.

Wir leben im AIDS-Zeitalter. Die Schwulen sind hauptsächlich betroffen. Unsere Lokalscene in München ist bereits ein Spiegelbild dieser Erkenntnis. Alle wissen, was auf dem Spiel steht. Wir sind zur Mithilfe gegen AIDS bereit, freiwillig, einzeln und in Gruppen. Aber der Zwang, der uns nun angedroht wird, ist unberechtigt und würde nicht auf uns beschränkt bleiben. Er dient nicht der Bekämpfung von AIDS, zur Sicherung der Bevölkerung und zur Wahrung der Ordnung, sondern der Bekämpfung einer Minderheit und verletzt damit die demokratischen Grundrechte.

Was können wir tun?

Wachsam sein gegenüber der AIDS-Gefahr, aber auch wachsam sein gegen Bestrebungen, uns unsere Unabhängigkeit zu nehmen.

Wer kaputt gemacht werden soll, oder auch nur dezimiert, wehrt sich! Und wir werden auch von außerhalb der schwulen Scene Hilfe bekommen.

Unsere Lokale sind unsere Treffpunkte, in denen wir uns versammeln, in denen wir unter uns sind. Sie sind bei allem Spaß, den wir dort haben, auch unsere Kultur-Zentren.

Erhalten wir sie uns, indem wir sie besuchen!

Uli Steinhaeuser

IMPRESSUM

Sondernummer kellerjournal - Löwenspiegel
Veröffentlicht im Dezember 1986

Herausgeber und Verlag: VSG — Verein für sexuelle Gleichberechtigung e.V., München
Münchner Löwen-Club e.V., München
Druck: Ulenspiegel
Satz + Druck + Papier-Kooperative
Mitarbeiter dieser Ausgabe: Gustl Angstmann, Rüdiger Berg, Dieter Reiml, Uli Steinhaeuser, Rudolf Stolze und Guido Vael
Titel: aus Schwul-Comix Bd.4 von Ralf König, Rosa Winkel Verlag, Berlin
Lay-Out: Rainer Schilling und Michael Lucan
Verantwortlich für diese Ausgabe:
Dieter Reiml, c/o Kellerjournal
Dachauer Str. 42, 8000 München 2

Auflage 3000

Nachdruck nur mit Quellenangabe gegen Belegexemplar.

Diese Sondernummer konnte möglich werden durch eine großzügige Spende, Spenden von schwulen Betrieben und zugesagten Beträgen der Schwulengruppen HALT, HuK, Rosa Aktiv, Rosa Freizeit und VSG & MLC.

CHRONOLOGIE DER REPRESSION

Das Klima in unserer Stadt ist in den letzten Jahren merklich rauher geworden. Es gibt diesen fühlbaren Trend seit Anfang 1983, besonders 1984. Was waren markante Eckpunkte, wie eskalierte die Unterdrückung und die Angst? Die folgende Liste ist bei weitem nicht vollständig, Namen stehen nur stellvertretend für eine politische Linie.

Ende 1982: Dr. Peter Gauweiler wird Leiter des Kreisverwaltungsreferats (KVR). Er löst den liberalen Klaus Hahnzog (SPD) ab. Oberbürgermeister ist zu dieser Zeit Erich Kiesl (CSU).

1983, 1984: Schwulengruppen erhalten für ihre Infostände haarsträubende Auflagen durch das KVR. So wird in der Genehmigung eines Infostandes des VSG ausdrücklich hingewiesen, daß die Ausführenden nicht gegen bestimmte Paragraphen des Strafgesetzbuches verstoßen dürften. Diese Paragraphen beinhalteten u.A. Unzucht mit Minderjährigen, Kindern und Schutzbefohlenen, Abtreibung und Vergewaltigung.

1983: Die Umwidmung des Stachus-Untergeschosses findet statt. Es häufen sich die Gerüchte, daß dort Agents Provocateurs der Polizei Schwulen auflauerten. Ebenso häufen sich Anzeichen für Rosa Listen der Polizei.

März 1984: Georg Kronawitter (SPD) wird Oberbürgermeister Münchens. Wie jemand bemerkte, „ist er damit der zweite OB, der unter Peter Gauweiler dient."

26.10.1984: Razzia im EAGLE. Ein Aufgebot von ca. 40 Polizisten notiert die Personalien Anwesender und sperrt die ganze Straße ab.

Ende 1984: Beträchtliche Verwirrung in der Szene über Nichtgenehmigung von Sperrstundenverlängerungen, wobei schwule Lokale als benachteiligt angesehen wurden.

April 1984: Gegen die Abhaltung der „Lesbisch-schwulen Kulturwoche" erhebt sich heftiger Widerstand aus der Stadtratsfraktion der CSU.

29.4.1986: Podiumsdiskussion „Polizei und Schwule" des VSG im Vollmarhaus. Kriminaldirektor Kirchmann behauptet öffentlich: „Die Münchner Polizei führt keine Rosa Listen!" Er wird 1986 durch den Datenschutzbericht der Lüge überführt.

30.4.1985: Einen Tag später wird das BEL AMI durch das KVR geschlossen. Eine Anfrage eines Münchner Bürgers beantwortet das KVR mit: „... Sie können aber sicher sein, daß von der Gewerbe- und Gesundheitsbehörde alle rechtlich zulässigen Maßnahmen ergriffen wurden, um eine gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung durch diesen Personenkreis (Stricher) soweit als möglich auszuschließen ..."
Es wird deutlich, daß AIDS-Bekämpfung als Vorwand zur Bekämpfung der Schwulen und ihrer Szene dienen soll.

November 1985: OB Kronawitter fordert in einem Brief an Gesundheitsministerin Süßmuth die Einführung der Meldepflicht bei AIDS und zwangsweise HIV-Antikörper-Untersuchungen für Prostituierte, Stricher und Drogenabhängige. Er nimmt damit nicht nur offen Gauweilers Position ein, sondern auch eine, die von allen Fachleuten abgelehnt wird.
Gegen die SPORT-SAUNA wird ein Gewerbeuntersagungsverfahren durch das KVR eingeleitet.
In einem persönlichen Gespräch zwischen Vertretern der Münchner AIDS-Hilfe und des KVR wurde vereinbart, daß in den Münchner Saunen eine Schale mit Kondomen aufgestellt werden darf. Als eine Sauna dies durchführt, wird sie vom KVR unter Druck gesetzt.

27.11.1986: Auf einer Veranstaltung der CSU äußert Gauweiler in einem persönlichen Gespräch, in dem er darauf angesprochen wird, ob es denn nicht unredlich sei, Maßnahmen, die eigentlich erst nach der Aufnahme von AIDS in das Bundesseuchengesetz zulässig wären, per Sperrgebietsverordnung und Gaststättengesetz durchzusetzen: „Die ordnungspolitischen Maßnahmen sind ein großes Klavier."
Tatsächlich wird das KVR in erster Linie mit diesen Instrumentarien gegen Schwule vorgehen.

Dezember 1985: Dem COLIBRI wird durch das KVR die Schließung angedroht, wenn der Betrieb nicht dahingehend verstärkt überwacht werde, daß dort keine Stricher verkehrten.
In einer Ausführung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes heißt es: „... daß (bei) der Anbahnung homosexueller Kontakte zu Strichjungen und Freiern ... bereits ein konkludentes (= schlüssiges) Sich Anbieten des Täters genügt." Diese Rechtsauffassung bedeutet in letzter Konsequenz:

- kein Stricher darf, wenn er in einem Lokal ein Bier trinkt, mit anderen Gästen reden;
- niemand darf mit einem Jüngeren reden oder ihn zu einem Bier einladen, es könnte der Eindruck entstehen, daß ...;
- daß jeder Wirt verpflichtet ist, seine Gäste zu fragen, ob sie Stricher oder Freier sind, wie sollte er es sonst wissen?
- daß jeder Wirt die Gespräche seiner Gäste belauschen muß.

10.1.1986: Der FISHERMAN-SAUNA werden unter dem Vorwand der AIDS-Bekämpfung strenge Auflagen erteilt.

Januar 1986: Es erscheint die Nummer 1 der Zeitschrift „AIDS-Forschung", deren Mitherausgeber Peter Gauweiler ist. In der ersten Nummer veröffentlicht der Jurist Hans-Ulrich Galwas seine rechtsphilosophischen Thesen zu AIDS. Diese laufen darauf hinaus, daß praktisch jeder Bürger der BRD regelmäßig zwangsweise dem HIV-Antikörpertest unterworfen werden könnte.

15.5.1986: In einer öffentlichen Veranstaltung sagt Dr. Gauweiler, daß die allgemein anerkannten Grundsätze der Hygiene es nicht zuließen, daß „Wirte schwuler Gaststätten in Separees homosexuellen Analverkehr dulden!" Das Niveau einer Großstadt dürfe „nicht dem Milieu eines Bahnhofsklos angeglichen werden."
Anzumerken ist, daß es in München keine Gaststätten gibt, in denen Homosexuelle in Separees Analverkehr

betreiben. Diese Äußerungen Gauweilers demonstrieren geradezu lehrbuchhaft, wie Vertreter des KVR mit Verdrehungen und Viertelwahrheiten Stimmung machen.

Juli 1986: Aus einer Diplomarbeit an der Universität München geht hervor:
Stricher werden in München zwangsweise dem HIV-Antikörpertest unterzogen. Weigern sie sich, werden sie wie Infizierte behandelt. Bemerkenswerterweise muß einem angeblichen Stricher nicht nachgewiesen werden, daß er diesem Gewerbe nachgeht.
Der TÜRKENSAUNA wurde durch ein Verbot des KVR untersagt, einen schwulen Masseur zu beschäftigen. Bemerkenswert: um beurteilen zu können, ob ein Masseur schwul ist, müssen wohl ROSA Listen existieren, aus denen die sexuelle Orientierung hervorgeht.

November 1986: Peter Gauweiler wird Staatssekretär im bayerischen Innenministerium. Weitere Kabinettsumbildungen offenbaren einen Ruck zur Ordnungspolitik.

SCHWULE OHNE DATENSCHUTZ
Aktuelle Chronik

1.7.86:
In einem Brief an das bay. Innenministerium fordert der damalige Kreisverwaltungsreferent und derzeitige Staatssekretär im bay. Innenministerium Dr. Gauweiler (CSU):
„Nach Auffassung der Landeshauptstadt München ist es zur wirksamen Seuchenbekämpfung erforderlich, insbesondere die in einschlägigen Lokalen verkehrenden Homosexuellen sowie männliche Prostituierte einer regelmäßigen Untersuchung auf eine mögliche Infektion mit HTLV-III-Viren zu unterziehen."
13./14.8.86:
„Einen Vorgeschmack auf den geplanten Datentransfer brachte die inzwischen von allen Verantwortlichen eingestandene Personenüberprüfung in der Nacht vom 13. und 14. August 1986 im Englischen Garten. Gleichzeitig wurde von Polizisten auch das Lokal ‚Las Vegas' durchkämmt, in dem sich bevorzugt Strichjungen und Freier aufhalten sollen. Etwa 15 bis 20 Namensmeldungen erhielt das Gesundheitsamt, nach Erkenntnissen der AIDS-Hilfe. Inzwischen gehen täglich Meldungen der Polizei von überprüften Personen ein, die im Bereich der Toilette des Stachusuntergeschosses angetroffen wurden." (MSZ, Nr. 24/86)
Okt. 86:
Auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten der Grünen, Herbert Rusche, erklärt der Staatssekretär E.Spranger vom Bundesinnenministerium:
„Nach Erkenntnis des Bundesministers des Inneren führen auch die Polizeien der Länder keine Dateien über Homosexuelle."
Anfang Nov. 86:
Bundesgesundheitsministerin Rita Süßmuth spricht sich deutlich gegen die AIDS-Meldepflicht aus:
„Eine Meldepflicht ist kontraproduktiv und hätte nur negative Wirkungen." Sie befindet sich damit in Übereinstimmung mit fast allen Fachleuten wie z.B. mit Dr. Hannelore Krahnke vom Münchner Gesundheitsamt: „Die Entscheidung zum Test soll grundsätzlich der Betroffene nach ausführlicher sozialer und medizinischer Beratung selbst treffen." (MSZ, Nr. 24/86)
14.11.86:
Erschreckende Enthüllung der polizeistaatlichen Wirklichkeit in München durch den 8. Tätigkeitsbericht von K. Stollreither, dem Landesbeauftragten für den Datenschutz:
„... So vermag ich grundsätzlich keinen Grund zu erkennen, weshalb die Polizei die Tatsache, daß jemand Transvestit ist, als Anlaß zur Aufnahme in eine eigenständige Transvestitenkartei nimmt. Im Gegensatz zur Transvestitenkartei ist *die Homokartei sehr groß.* In ihr sind nicht nur die Personen aufgenommen, die Straftaten nach § 175 Strafgesetzbuch oder nach anderen Bestimmungen des 13.Abschnitts des Strafgesetzbuches begangen haben, soweit sie homosexuelle Handlungen betreffen, sondern auch solche Personen, zu denen die Polizei aufgrund *sonstiger Informationen* zu der Annahme gelangt, daß die Betroffenen homosexuell veranlagt sein könnten oder in homosexuellen Kreisen verkehren. Hierbei werden auch Personen erfaßt, die als Opfer von Straftaten möglicherweise Homosexuelle sind, die bei Razzien in einschlägigen Lokalen angetroffen oder die in der Nähe von öffentlichen Bedürfnisanstalten kontrolliert worden sind. Außerdem gibt es sogenannte vorsorgliche Erfassungen, die offenbar auf Informationen beruhen, die die Polizei auf sonstigen Wegen über die sexuellen Eigenschaften erhält. Diese Kartei ist nach Bekundigungen der Polizei bislang weder überarbeitet, noch sind Aussonderungen vorgenommen worden. Auch die schon Jahre zurückliegende Änderung der entsprechenden strafrechtlichen Bestimmungen hat zu keiner Bereinigung der Kartei geführt." (Datenschutzbericht Nov. 86 / S.57)
28.-30.11.86:
An diesem Wochenende findet wieder eine Lokalkontrolle statt. In der Nähe schwuler Lokale werden zudem bei Straßenkontrollen die Personalien einiger Schwuler festgehalten.
1.12. - 6.12.86:
Es finden mehrere Kontrollen in schwulen Geschäften statt.

REAKTIONEN BETROFFENER

Wie reagieren Betroffene auf den Komplex Datenskandal — Zwangsmaßnahmen? Wir befragten Einzelpersonen, Inhaber schwuler Betriebe und Schwulengruppen und geben Stellungnahmen wider von Institutionen.

Wir fragten Schwule, mit denen wir ins Gespräch kamen:
Wie fühlst Du Dich, wenn Du hörst, es existieren Pläne, Zwangstests durchzuführen?

„Was soll der Quatsch? Wenn Zwangstests eingeführt werden, taucht doch jeder unter und geht nicht mehr zum Arzt." Harry, 25

„Ich möchte ganz genau wissen, was in diesen Geheimpapieren steht."
Günther J., 62

„Ich bin kein Wissenschaftler, sondern einer, der entsetzliche Angst hat, weil ich an der Gnade der frühen Geburt leide, und weil ich mich noch erinnere, wie man mir als Kind auf der Straße die Augen zugehalten hat, wie die Juden aus ihren Häusern geprügelt wurden." Michael Dursch, 50

„Bis jetzt meinte ich immer, AIDS betrifft mich nicht. Was soll jetzt aber aus mir werden, ich bin doch bestimmt in den Rosa Listen?"
Wolfgang G., 33

„Lieber ein warmer Krieger, als ein kalter Krieger!" Jörg, 22

„Jetzt kann man ja nicht mehr ohne Butterstulle ausgehen, weil man nie weiß, ob man nach Hause kommt oder über Nacht in der Ettstraße ist."
Jürgen

„Als Geschäftsmann, der immer CSU gewählt hat, bin ich maßlos enttäuscht von meiner Partei. Aber was solls, in meiner Position kann ich es mir nicht leisten, an die Öffentlichkeit zu gehen." Franz, 46

„In München wohne ich nun seit fast zwei Jahren und habe es mir angewöhnt, beim Sex Pariser zu benutzen, damit nichts passiert. Mir wird alles scheißegal, wozu soll ich noch aufpassen, wenn die mich eh' kassieren?" Gert B., 20

„Wenn's losgeht, setz ich mich ab nach Holland." Thomas Krämer, 29

„Ich weiß eigentlich gar nicht mehr, was ich jetzt noch tun kann. Meine Eltern haben eigentlich immer zu mir gehalten, aber wenn jetzt so etwas kommt, wissen die auch nicht mehr weiter." Klaus, 17

„Ich hab nichts verbrochen, mir geschieht nichts." Walter, 36

„Wer tut endlich was gegen Gauweiler und Konsorten? Sollen wir warten, bis wir uns alle im Lager treffen?"
Axel Moser, 24

„Damals bei den Nazis glaubten viele Juden, daß es so schlimm schon nicht kommen werde. Sie haben sich getäuscht. Ich habe eigentlich ganz gut gelebt und bin froh darüber, denn was weiter kommt, davor habe ich Angst." Hermann, 72

„Mit einem ‚Trotz alledem' würde ich allen raten, gerade jetzt in unsere Lokale zu gehen, um zu demonstrieren, daß wir nicht klein beigeben. Den Ausweis sollte man aber nicht vergessen." Helmut H.

„Einschüchtern laß ich mich nicht. Ich mach weiter wie bisher. Die können mich mal." Georg, 29

✿

Die große Mehrheit der Experten zu AIDS befürchtet bei Einführung von Zwangsmaßnahmen und/oder einer namentlichen Meldepflicht ein Untertauchen von Personen aus Hauptbetroffenengruppen. Das Vertrauensverhältnis zu den Beratungsstellen werde empfindlich gestört. So fragten wir zufallsmäßig ausgewählt einige Schwule:

„Wenn Du wüßtest, daß Du Deine namentliche Registrierung befürchten mußt, würdest Du dann noch zu einer AIDS-Beratungsstelle gehen?"

Befragt wurden 24 Personen. Davon antworteten:
— 22(!) mit „Nein".
Lediglich zwei würden weiterhin Beratung in Anspruch nehmen, davon einer
— „weil ich davon ausgehen kann, daß ich ohnehin in den Rosa Listen stehe"
und einer
— „weil ich an all das Gerede nicht glaube".

Wenn dies auch keine Repräsentativumfrage ist, so bestätigt das eindeutige Ergebnis die Befürchtungen über die verheerenden Folgen von namentlicher Meldepflicht. Wir sehen in den Äußerungen Betroffener eine klare Bestätigung der Ansicht, daß jegliche Zwangsmaßnahme die Ausbreitung von HIV-Infektionen nicht etwa eindämmt, sondern im Gegenteil fördert. Aus Schweden, wo eine Meldepflicht eingeführt wurde, wird ein deutlicher Rückgang der AIDS-Beratung bei den zuständigen Stellen gemeldet.

✿

Von dem offensichtlichen Ansinnen des bayerischen Innenministeriums, die Szene in München auszutrocknen, sind nicht nur die Wirte von Lokalen betroffen, auch Inhaber von Sex-Shops, Saunen und Pensionen. Wir fragten einige:

»Welche Gefahren seht Ihr in der Registrierung Schwuler und der zwangsweisen Durchführung des HIV-Antikörpertests?"

LOHENGRIN: „Wir dürfen uns nicht ins Abseits drängen lassen. Eigentlich sollten wir aus unserer leidvollen Geschichte — dem 3. Reich — gelernt haben. Den Verantwortlichen sind die Parallelen vielleicht gar nicht bewußt.
Wir sollten aus der Situation lernen, daß wir uns nicht auseinander dividieren lassen dürfen, sondern zusammenstehen müssen, egal ob im Fummel, in Leder oder im Anzug. Wir selber sind allerdings auch gefordert, indem Safer-sex nicht nur ein Lippenbekenntnis ist.
Ich wünsche mir mehr Gespräche in unseren Lokalen über unsere Situation und möchte eines ganz deutlich sagen: Wacht endlich auf!!!"

FEUERWACHE: „Es ist dringend an der Zeit, daß alle zusammenhalten.

Diese Zwangsmaßnahmen sind nicht nur eine Sache der Wirte, es betrifft die Freiheiten aller. Man kann Teile der Szene nicht isoliert sehen, sie ist ein Ganzes."

MR. GAY CORNELIUS: „Ich muß damit rechnen, daß wegen irgendeinem Satz in irgendeinem Buch oder irgendeinem Magazin Sachen beschlagnahmt werden. Die Rechtsunsicherheit ist so groß, daß mir der Laden dicht gemacht werden kann, wenn es die Behörden nur wollen.
Ich fühle mich ohnmächtig und habe, wie jeder andere auch, Angst. Ich werde jetzt — wegen der Pläne des bayerischen Innenministeriums — aus der CSU austreten."

COOK: „ Von Zwangsmaßnahmen bin ich überhaupt nicht überzeugt, weil sie die Leute in die Anonymität zwingen. Das gilt auch für Kontrollen an Schwulen-Treffs. Unsere Leute sollen sich bemühen, die sogenannten ‚Normalen' aufzuklären, was überhaupt Schwulsein bedeutet. Es muß klar sein, daß AIDS nicht von den Homosexuellen geschaffen wurde und sie nicht die einzigen sind, die infiziert sind."

TADZIO: „ Die Gäste haben ein großes Vertrauen zu uns. Wir bemühen uns selbstverständlich, immer auf dem Laufenden zu sein und Informationsmaterial der AIDS-Hilfe auszulegen. Die Kombination aus diesem Vertrauen und Information ist nach meiner Meinung eine der besten Möglichkeiten, etwas gegen diese Krankheit zu tun. Auf diesem Weg erreicht man viele Leute und kann ihnen im persönlichen Gespräch auch vieles, und gerade Safer-sex, näherbringen. Maßnahmen, wie sie in diesem Papier des Innenministeriums propagiert werden, schaffen dagegen nur wieder Unsicherheit. Ich halte es für eine Illusion, mit Zwangsmaßnahmen etwas erreichen zu wollen, da sich damit das Verhalten nicht ändern läßt — und gerade das ist wohl die einzige Chance."

EULENSPIEGEL: „Ich finde es gut, daß sich jetzt Leute formieren, um die Szene zu verteidigen. Ich will auch weiterhin schwule Gäste haben.

KLIMPERKASTEN, MAISCHENKE: „Jedem, auch einem Referenten, sei eine Beförderung gegönnt. In diesem speziellen Fall zum Staatssekretär. Es ist aber keineswegs einzusehen, daß eine solche Beförderung auf dem Rücken einer Minderheit ausgetragen werden soll.
Das Land Bayern ging ja schon oft eigene Wege, nicht nur was das TV-Programm anbetrifft. Einem Zwangstest würde ich mich wohl nicht unterziehen lassen. Wenn jeder von uns so denkt, dann werden das KVR und die Stadt München zumindest erhebliche Schwierigkeiten haben, ihr Vorhaben durchzubringen. Im übrigen lasse ich mich nicht als Homosexueller von der Landeshauptstadt München in einem Satz mit ‚männlichen Prostituierten' nennen.
Wenn wir alle dieser Ungeheuerlichkeit nicht im Moment entschlossen entgegentreten, Zwang, Gewalt und Rosa Listen dulden, dann ist der Weg in die braune Vergangenheit mit roas Winkel nicht mehr weit."

□ □ □

Auch Politiker, Ärzte, Wissenschaftler und Beratungsstellen befassen sich mit AIDS. Von einigen geben wir ihre Stellungnahmen wider, die sich um die Frage drehen:

„Wie sehen Sie die Möglichkeit einer AIDS-Beratung, sollte eine namentliche Meldepflicht eingeführt werden und Zwangsmaßnahmen (polizeiliche Registrierung, Zwangstestung etc.) Wirklichkeit werden?"

Während einer Veranstaltung bei der Münchner AIDS-Hilfe nahmen dazu 3 Stadträte als Mitglieder des Gesundheitsausschusses der Landeshauptstadt München Stellung: Sie äußerten sinngemäß:

FR. SABINE CSAMPAI BOETTGE (GRÜNE): Der Datenschutzbericht hat das Vorhandensein von Rosa Listen bestätigt. Ihre Existenz wurde vom Polizeipräsidium geleugnet, als die GRÜNEN im Stadtrat eine entsprechende Anfrage stellten.
Die Aufgabe der Münchner AIDS-Hilfe präventiv zu wirken und psychosoziale Betreuung zu leisten, stufe ich als sehr wichtig ein.

FR. INGEBORG KEYSER (SPD): Es ist, außer bei der CSU, die gemeinsame Haltung des Gesundheitsausschusses, daß Stadtrat und AIDS-Hilfe gemeinsam gegen Restriktionen vorgehen sollten. Andererseits muß man feststellen, daß im Stadtrat zwar eine Mehrheit gegen eine namentliche Meldepflicht herrscht, die Verwaltung aber unbeeindruckt von der Meinung der gewählten Volksvertreter in eine andere Richtung marschiert. Ich werde mich bemühen, unsere Fraktion diesbezüglich zu entschiedenen Schritten zu veranlassen.

FR. HEIDRUN KASPAR (FDP): Offensichtlich muß geprüft werden, welche Befugnis die Verwaltung hat, gegen die mehrheitliche Meinung des Stadtrats zu handeln. Die Behauptung, daß eine namentliche Meldepflicht in der Praxis helfen würde, das Ausbreiten von HIV-Infektionen zu verhindern, ist nicht stichhaltig. Genauso, wie es so viele Unfallflüchtige gibt, die nicht gefunden werden, obwohl sie alle als Fahrzeughalter registriert sind.

deutsche aids-hilfe: nicht auf juristische irrwege begeben

— die deutsche aids-hilfe hat sich heute scharf gegen die von der stadt münchen erwogenen zwangsmaßnahmen im zusammenhang mit aids ausgesprochen. „die stadtverwaltung sollte ihre zeit nicht mit juristischen planspielen vergeuden, sondern die einzig wirksamen maßnahmen der prävention und aufklärung ergreifen", erklärte das vorstandsmitglied des verbandes jürgen roland in berlin, „zwangsmaßnahmen gegen homosexuelle und fixer tragen nur zur verbreitung von aids bei, da sie die notwendige vertrauensgrundlage für beratung und verhaltensänderungen zerstören."

die stadt münchen hat in ihrem — nicht verabschiedeten — haushalt für 1987 als zuschuß an die münchner aids-hilfe nur 200.000 dm vorgesehen. (der senat von berlin stellt 1987 für die aids-hilfe einen betrag von 1 million zur verfügung. aus münchen sind bis zum 28. november 108 aids-erkrankungen *[*darunter 53 todesfälle*]* an das bundesgesundheitsamt gemeldet worden. die vergleichszahlen aus berlin sind: 155 erkrankungen, davon 61 todesfälle.) roland forderte den münchner oberbürgermeister georg kronawitter erneut auf, erheblich mehr gelder für aids-prävention zur verfügung zu stellen und dem „zwangsmaßnahmen-spuk in der bayerischen metropole endlich ein ende zu bereiten".

mit bundesgesundheitsministerin rita süßmuth und den gesundheitsministern der übrigen bundesländer ist sich die deutsche aids-hilfe einig, daß nur aufklärung und vertrauenschaffende beratung dazu imstande sind, die infektionswege zu unterbrechen. „sexualität läßt sich nicht durch staatliche zwangsmaßnahmen

steuern, sondern allein durch individuelle einsicht und daraus folgende verhaltensänderung, wie sich auch beim drogenproblem gezeigt hat", so jürgen roland, „nicht die erfassung von hiv-antikörperträgern beim gesundheitsamt verhindert die infektion, sondern allein der gebrauch von kondomen."

SPD:
Telex der SPD-Landttagsfraktion an das Bay. Innenministerium (14.11.86): „spd-mdl warnecke empfiehlt dem innenministerium entlassung des münchner polizeipräsidenten ... wie ein rechtsstaatlicher gruselroman lesen sich jedoch die 43 seiten (seiten 39-81) zur lage des datenschutzes bei der polizei ... dies kann nicht mehr mit individuellem fehlverhalten von sachbearbeitern bei der polizei entschuldigt werden ... wenn zwei drittel aller kriminalakten in rechtswidriger form geführt werden ... wenn wahllos bürger allein wegen ihrer homosexualität gespeichert werden ..."

GRÜNE:
„Die Entlassung von Polizeipräsident Gustav Häring sowie seines jetzigen Stellvertreters und designierten Nachfolgers Roland Koller haben die Rathaus-GRÜNEN von Oberbürgermeister Kronawitter gefordert. Sie begründen ihren Antrag mit datenschutzrechtlichen Fehlern der Polizei." (SZ vom 28.11.86)
„Die Grünen in Bayern haben die Staatsregierung aufgefordert, Konsequenzen aus dem jüngsten Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz zu ziehen. Ein entsprechender Dringlichkeitsantrag soll in der nächsten Woche im Parlament eingebracht werden." (SZ vom 29.11.86)
Gerd Wolter (Stadtrat der GRÜNEN) weist eindringlich in einer offiziellen Anfrage im Stadtrat (SZ vom 28.11.86) auf die Gefahr einer AIDS-Zwangsuntersuchung für Schwule hin.
Klaus Warnecke (Landtagsabgeordneter der SPD) schreibt in einem persönlichen Brief: „Ich kann Dir auch versichern, daß ich bei der weiteren Behandlung des Datenschutzberichtes im Landtag voll die Seite der Homosexuellen ergreifen werde und die Führung der entsprechenden Kartei als verfassungswidrig brandmarken werde."

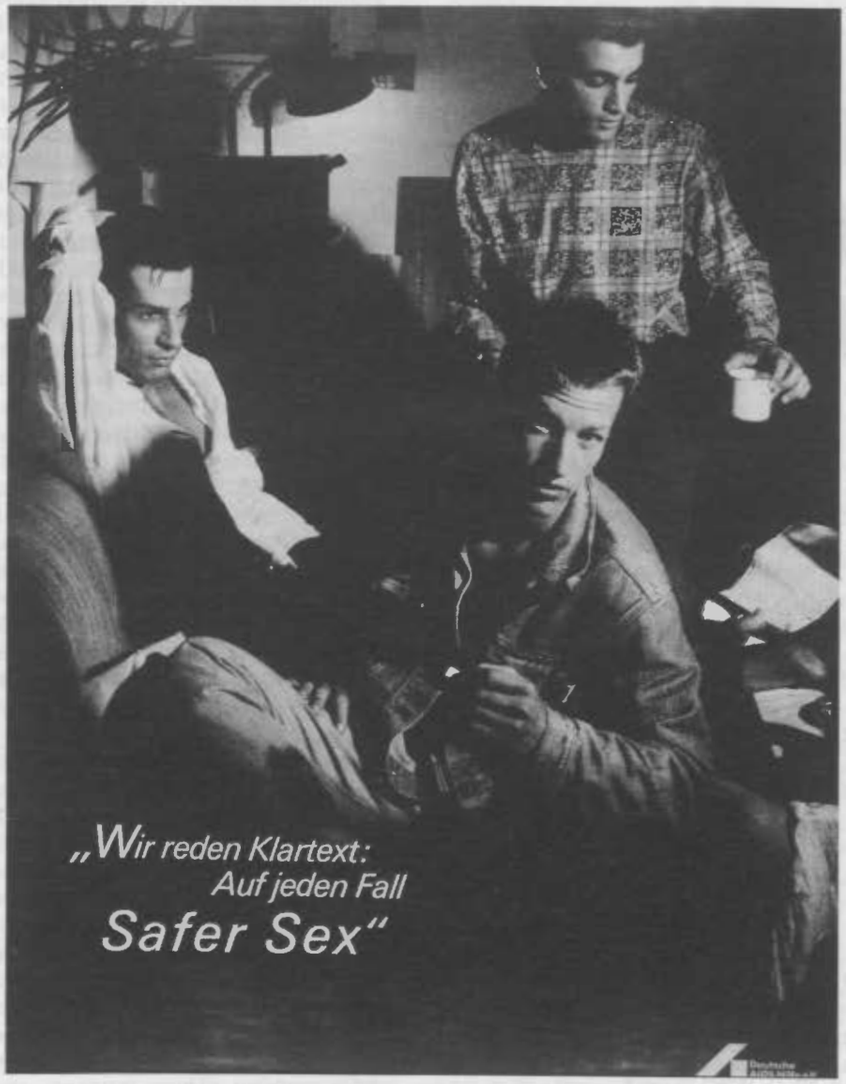
□ □ □

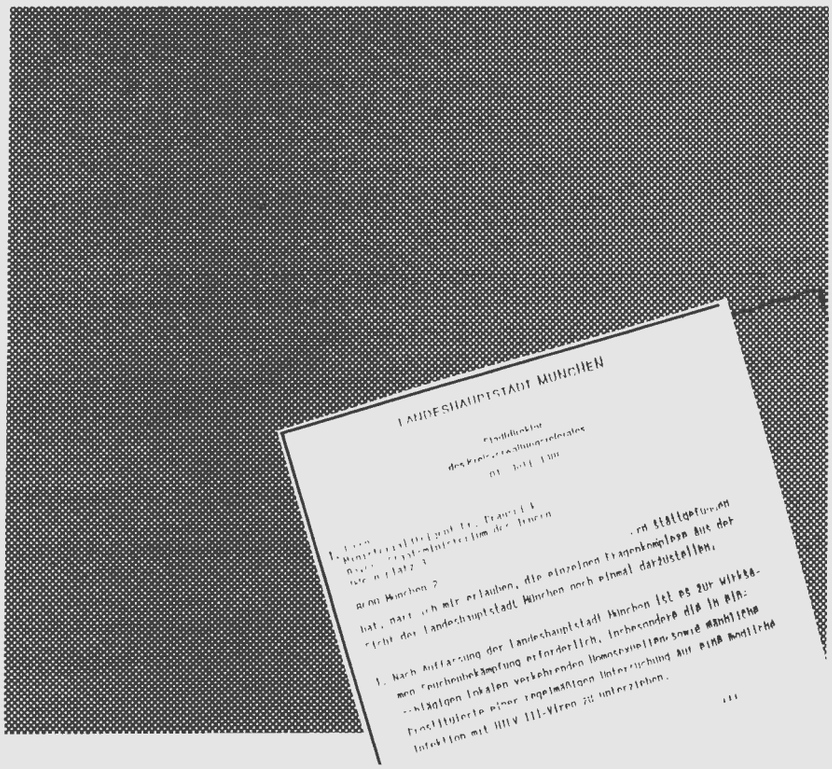
Wie stellen sich die Münchner Schwulengruppen zu dem Bereich Datenskandal und Repression? Daß sie zur Gegenwehr willens sind, zeigen rasche Gespräche und erste Vorstellungen von Protestmaßnahmen. Hierfür trafen sich am 4.12. Vertreter von HALT, HUK, MLC, ROSA AKTIV, ROSA FREIZEIT, SCHWUKK und VSG. Die Meinung, daß eine schnelle Reaktion mit dem Ziel der Verhinderung des Schlimmsten notwendig sei, war einhellig. So bleibt also nur zu hoffen, daß diese Gegenmaßnahmen trotz der gebotenen Eile mit Überlegung, Koordination und Strategie stattfinden.

Aus terminlichen Gründen konnte nur eine schriftliche Stellungnahme eingeholt werden, die aber nach Meinung des Autors in ihrer prinzipiellen Intention stellvertretend gesehen werden kann für alle genannten Gruppen.

Es schreibt der Vorstand des VSG:
„Unsere homosexuellen Brüder und Schwestern in den 30er Jahren konnten zwar auch nicht völlig ahnungslos sein, daß sie Schlimmes von den Nationalsozialisten zu erwarten hatten, aber das Ausmaß der Verfolgung und Repression, diesen Holocaust, konnten sie wohl nicht ahnen. — Wir heute wissen, was alles geschehen kann, *daß wir auch das Unvorstellbare zu erwarten haben.*"

Als diese Worte vor zwei Jahren bei der Enthüllung des schwulen Gedenksteins im KZ-Mauthausen gesprochen wurden, waren Dinge wie „Zwangstest", „wöchentliche Blutentnahme", „Berufsverbot", „Sicherheitsverwahrung für Positive" noch unvorstellbar. Heute liegen die fertigen Pläne dafür in den Schubladen des Kreisverwaltungsreferats und des bayerischen Innenministeriums. Mit ihrer Anwendung müssen wir täglich rechnen. Die Schwulen werden amtlich zur Gefahr für die Allgemeinheit und damit quasi zum Freiwild erklärt. Wir müssen das mit allen unseren Kräften zu verhindern suchen.
Es sind alle Schwule aufgerufen, sich *aktiv* am Kampf gegen die Unterdrückung zu beteiligen.




LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Verfolgung der Schwulen unter dem Vorwand der AIDS-Bekämpfung

„AIDS ist eine auch sexuell übertragbare Krankheit, deren Übertragungsformen bürgerliche Wertvorstellungen oft sprengen. Wer seit Jahren vor der öffentlichen Propagierung der Promiskuität (...) gewarnt hat, wer auf die damit verbundene neue sexuelle Verkrampfung und die abstoßende Brutalität der einschlägigen ‚Szenen' hingewiesen hat, wird sich bestätigt fühlen." So schrieb Peter Gauweiler im Vorwort zu Norbert Kathkes „AIDS"-Buch im Jahre 1985. Was wird denn bestätigt? Zunächst einmal religiös-ideologische Vorurteile. Wie etwa die Würdenträger der katholischen Kirche nie müde werden, den Homosexuellen, der seine Leidenschaften auslebt, als selbstverständlich sündhaftig zu bezeichnen, so haben auch die Politiker der CDU/CSU nie verstanden, daß die Ideologie der zwanghaften Verklammerung von Liebe mit Ehe und Familie eine willkürliche, den wissenschaftlichen Erforschungen des Menschen nicht gerecht werdende Normierung ist. Neuerdings bietet nun das Vorhandensein einer zweifellos gefährlichen, jedoch kaum nach Art einer wirklichen Seuche bedrohlichen Krankheit den Anlaß, sogenannte „gesellschaftliche Ursachen und Fehlentwicklungen" (Gauweiler) mit Hilfe von „gesundheitsaufsichtlichen Notwendigkeiten" (Gauweiler) anzugreifen und auszumerzen. „Anspruch auf Schutzmaßnahmen und staatliche Vorsorge hat jedermann, gerade auch die Angehörigen sogenannter ‚Risikogruppen'." (Gauweiler) Diese Maßnahmen der „Vorsorge" findet der Staatssekretär im Instrumentarium des Bundesseuchengesetzes (BSeuchG). Dessen Anwendung „soll verhindern, daß die Seuche auch noch in die Familien hineingetragen wird und völlig Unschuldige getroffen werden." (Gauweiler, lt. AZ, 27.11.1986) Unmißverständlich ist damit gesagt: Wer diese Krankheit bzw. den Erreger dieser Krankheit im Blut hat, ist schuldig; wie nach dem Motto: Wer nicht schuldig ist, kommt nicht vor Gericht.

Schuldig sind alle Schwulen, „weil alle Schwulen, das ist mittlerweile amtsbekannt, ‚häufig wechselnde Geschlechtspartner' haben und von daher per se und definiert über die geschlechtliche Orientierung ‚eine erhöhte Ansteckungsgefahr' bilden." (Ejo Eckerle, MSZ 24/1986) Nicht nur unterstellt eine solche „Argumentation", daß jeder Schwule promisk sei; sie unterstellt auch, daß der Schwule generell unfähig sei, sich selbst zu schützen, indem er risikolose Sexualpraktiken wählt. Ohne weitere Begründung und anscheinend nur, weil es ihm so paßt, erklärt Gauweiler, die Broschürenpolitik (der Safer Sex Kampagne) sei gescheitert. Indessen ist aber die Gesundheitspolitik hierzulande in die Ordnungspolitik abgeglitten.

Laut Bericht der AZ vom 26.11.1986, „beläuft sich der Unterstützungsbeitrag des Bundesgesundheitsministeriums für die Deutsche AIDS-Hilfe im kommenden Jahr auf vier Millionen Mark. Auf dem Berliner AIDS-Kongreß wurde der Bundesrepublik folglich bescheinigt: „Sowohl klinische Forschung als auch die sozial- und sexualwissenschaftliche Betreuung ist hierzulande mangelhaft." Damit ist klar gesagt, daß eine wirkliche Gesundheits- und Aufklärungspolitik in diesem Lande bisher gar nicht versucht worden ist. Damit ist auch offenbar, daß das eigentliche Interesse der Regierenden der Ordnungspolitik gilt und die sparsamen gesundheitspolitischen Maßnahmen nichts weiter als das Feigenblatt, das die Blöße bedecken muß, darstellen. Wie schon allzu oft, gibt auch heutzutage der „unbegreiflich promiske, immer geile" Schwule den Popanz ab, der gebraucht wird, um die rigid engstirnige, unzeitgemäße Moralität derjenigen, welche vor freier Liebe und Lust zurückschrecken und das für eine Tugend halten, durchzusetzen.

Werfen wir einen Blick auf die Zahlen! In der BRD gab es laut Bundesgesundheitsamt Ende Oktober 715 Fälle von AIDS (Vollerkrankung); davon verliefen 337 tödlich. (Nebenbei bemerkt: es ist wahrlich eine Unsitte, stets die absolute Zahl aller bekanntgewordenen Krankheitsfälle zu zitieren. Wie sähen entsprechende absolute Daten für die sogenannten ganz normalen Krankheiten aus, etwa bei Krebs?! Da würde man wohl zu Hunderttausenden zählen müssen; eine

Tatsache, die nur wenige zu befremden scheint.)

Die Dunkelziffer der Antikörper-Positiven soll ja nach Hochrechnungen, deren Stichhaltigkeit letztlich unüberprüfbar bleiben muß, in die Zehntausende gehen. Selbst wenn dem so sein sollte, wäre das kein Grund, in Hysterie und Panik zu verfallen, wie es etwa die AZ vom 26.11.1986 tut. Dort heißt es: „Jahrhundert-Katastrophe droht." Keine Red' davon! Zur jüngsten Stockholmer AIDS-Konferenz schrieb Rosa Flieder Nr. 50: Der belgische AIDS-Forscher Nathan Clumeck „stellte (...) Belege für Ansteckungsketten vor, die ausschließlich auf heterosexuelle Kontakte zurückgehen und sich zudem im gewöhnlichen Mittelklasseniveau abspielten. Die einzige Möglichkeit zur Einschränkung der Virusverbreitung wird über Jahre hinweg die Aufklärung und die Propagierung von ‚sicherem' Sex bleiben, waren sich die Diskussionsteilnehmer einig." So weit, so gut. Die richtige Politik zur AIDS-Bekämpfung heißt Aufklärung, Aufklärung und nochmals Aufklärung. Wie groß auch immer die Anzahl der Antikörper-Positiven sein mag — es kann von einer Bedrohung nur dann die Rede sein, wenn die von Vorurteilen, Schuldzuweisungen und trotzigem Aufbegehren geblendeten Betroffenen sich falsch, also unaufgeklärt verhalten. Jeder vernünftige Mensch ist bereit zu lernen. Im übrigen, was die Zunahme der Krankheitsfälle betrifft, so war seit dem Ausbruch der Krankheit klar, und es ist auch immer wieder gesagt worden, daß es infolge der langen Inkubationszeit nicht so rasch gelingen werde, ein Ansteigen der Krankheitsfälle zu verhindern. Auch bei Erfolg der zu intensivierenden Aufklärungskampagne muß damit gerechnet werden, daß zunächst einmal immer mehr Menschen an AIDS erkranken werden. Das ist immer allgemeiner Konsens gewesen und braucht niemanden zu ängstigen. Nur jemand, der parteipolitischen Nutzen aus dem Vorkommen von AIDS ziehen will, kann behaupten, die „Broschürenpolitik" sei gescheitert. Tatsache ist vielmehr, daß die Politik der geduldigen Aufklärung den Propagandisten der Moral lediglich lästig zu sein scheint. Es ist bequemer, Sündenböcke zu schaffen.

Es wird immer wieder davon geredet, daß AIDS eine Seuche sei. Aber für eine wirkliche Seuche bedarf's anderer Kriterien. Was in puncto AIDS fehlt, ist eine klare rechtliche Definition. In der AZ vom 27.11.1986 heißt es, zur „Annahme eines Ansteckungsverdachtes" reiche es (gemäß BSeuchG) aus, „wenn jemand zu den Stätten, in denen die Krankheit aufgetreten ist, ‚eine räumliche Beziehung' hat und mit den Risikogruppen Kontakt hält". Das ist nun, gerade in bezug auf AIDS, Unsinn. Denn nicht weil die Schwulen und ihre „Kontaktpersonen" sich in einem Raum aufhalten, können sie sich anstecken, sondern nur wenn sie bestimmte Risiken ignorieren, können sie sich und andere gefährden und ansteckungsverdächtig werden. Die Anbahnung sexueller Kontakte, die risikoreich werden könnten, läßt sich weiß Gott an jeder Straßenecke zustandebringen; dazu bedarf es weder einer Disco, noch einer Sauna, noch des Englischen Gartens oder einer öffentlichen Toilette. Mag sein, daß die Ansammlung von Hunderten von Schwulen nicht wenige Heterosexuelle sozusagen psychisch in Höllenqualen versetzt; die Gewähr des Verdachts, daß „die Seuche" übertragen werde allein dadurch, daß etwa die Schwulen in ihren Lokalen unter sich sind, bietet „eine räumliche Beziehung" keinesfalls. Es gibt demnach gar keine „Stätten, in denen die Krankheit aufgetreten ist". Alle diesbezüglichen Argumente, um Maßnahmen nach dem BSeuchG auszulösen, sind folglich unwirksam und verfehlt. Mögen doch die Schwulen ein paar hundert Partner pro Jahr und Mann haben — sofern sie Safer Sex betreiben sind sie nicht so gefährdet wie Herr Jedermann, der da heterosexuell sein mag, welcher dann nur einmal im Jahr „fremdgeht", aber in all der unaufgeklärt arglosen Selbstsicherheit des Herrn Normal, die problematischen, also risikoreichen Wege, zur Befriedigung zu gelangen, wählt. Wie heißt es doch in der AZ vom 26.11.1986: „AIDS grassiert auch unter Hetero-Paaren, und die Seuche verdoppelt sich hier zweimal so schnell wie bei den bisher als Risikogruppen angesehenen Personenkreisen." Anscheinend also sind nicht nur „die Schwulen" „schuldig" geworden; auch „die Heterosexuellen" wünschen sich freiere bis freie Liebe und Lust. Nur kann man „die Heterosexuellen" freilich nicht mit so simplen Methoden, wie sie staatliche Ordnungspolitik zu Nutz und Frommen der „öffentlichen" Moral vorsieht, erfassen. Da hält man sich doch lieber an die „Avantgarde der Perversen", und in dies Schema passen die Schwulen mit der „abstoßenden Brutalität ihrer Szene" allemal. Wie lange noch? So lange, bis die anderen begriffen haben, daß die Verfolgung der Schwulen zur Bekämpfung von AIDS nicht taugt.

Es ist noch anzumerken, daß der Rechtsgrundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz in Frage gestellt ist, wenn staatlicherseits ohne weiteres unterstellt wird, daß „der Schwule" ein besonderes, ein gefährliches Verhalten an den Tag lege. Dergleichen Verdächtigungen können die Beweisführung nicht ersetzen. „Ansteckungsverdächtige" sind in den illegal geführten Rosa Listen schon erfaßt und sozusagen vorab „überführt", frei nach dem Göringschen Grundsatz: „Wer Jude ist, bestimme ich." Alle Maßnahmen aber nach dem BSeuchG können nur das eine Ziel erreichen, die Selbstbestimmung von Millionen Bewohnern dieses Staates auszurotten bzw. in den Untergrund der Anonymität zu verdrängen.

Vergleichen wir einmal ein paar Zahlen! 286 Todesfälle, hervorgerufen durch AIDS; 445 Tote im Straßenverkehr in Oberbayern im Zeitraum Januar mit September 1986 (ohne Stadt und Landkreis München), laut tz vom 24.11.1986; „Hygiene-Skandal in den Kliniken: 13.000 Tote ... In den deutschen Krankenhäusern infizieren sich jedes Jahr 500.000 Patienten" (AZ); „In diesem Jahr wird er (der unfähige Autofahrer) nach einer Schätzung des ADAC 9.100 Menschen töten, 346.000 verletzen" (Stern Nr. 38/1986). Die „Jahrhundert-Katastrophe" gibt es schon! AIDS jedenfalls zählt nicht zu ihnen.

Viel Lärm um nichts? Wir weisen nochmals auf die Gefährlichkeit von AIDS hin. Indessen zeigt sich wohl schlüssig, daß es sich bei der sogenannten AIDS-Vorsorge-Politik ideologischer Provenienz um nichts anderes handelt als um eine Bekämpfung und möglichste Dezimierung der ach! so schockierenden Lebensweisen der ach! so widerlichen Schwulen. Aber in Wirklichkeit hängt von Leben und Glück der Schwulen auch die Gesundheit der Heterosexuellen ab. Wie könnte es auch anders sein? Tauchen nämlich die Schwulen, wenn sie diskriminiert und verfolgt werden, ab in den Untergrund (was ihnen in der deutschen Vergangenheit ja mehr als zweimal zu empfehlen war), dann wird jede gesundheitspolitische Vorsorge zur Farce, die Krankheit unbeherrschbar werden. „Die Erkrankungs- und Infektionszahlen werden steigen, weil sich niemand mehr über sichere Sexpraktiken aufklären läßt." (MSZ 24/1986). Mit einem Wort: gerade das Wohlergehen der Schwulen sollte jedem ganz besonders am Herzen liegen. Alles andere wäre Haß, wäre Verrücktheit.

Rüdiger Berg

Gauweilers Pläne:

Der AIDS-Verbreitung Vorschub leisten?

Das Bundesseuchengesetz (BSeuchG) ermöglicht die namentliche Erfassung aller AIDS-Kranken und HIV-Antikörper-Positiven sowie die Durchführung von Zwangstests. Ferner ermöglicht dieses Gesetz das Einholen von Auskünften, nicht nur bei den sog. Kontaktpersonen, sondern auch bei den Angehörigen, Bekannten und Freunden der Betroffenen.

Durch die Anwendung dieses Gesetzes auch bei AIDS, glaubt Dr. Gauweiler diese Krankheit bekämpfen zu können.

Er handelt gegen besseres Wissen!

Alle AIDS-Hilfen, alle Fachleute haben mehrmals deutlich gemacht, daß das BSeuchG bei AIDS kontraproduktiv wirkt. Statt die Infektionswege zu unterbrechen, wird der Verbreitung der Krankheit Vorschub geleistet. Warum ist das so?

— Die namentliche Meldepflicht würde die Aufhebung der Schweigepflicht zur Folge haben. Jeder, der eine Beratungsstelle aufsucht, hat dadurch die Gewißheit, registriert zu werden, und muß in bestimmten Fällen mit einem Berufsverbot rechnen. Aus der realen Angst vor Diskriminierung und Kriminalisierung, aus Angst um die berufliche Existenz, werden die medizinischen und psychosozialen Beratungsstellen nicht mehr in Anspruch genommen. Dies kann zur Folge haben, daß Kranke sich nicht mehr behandeln lassen, was lebensbedrohlich ist. Es hat aber mit Sicherheit zur Folge, daß die Aufklärung und Beratung die Zielgruppen nicht mehr erreicht, was einer Verhaltensänderung entgegenwirkt. *Das Virus kann sich ungehindert verbreiten!*

— Die notwendige medizinische Forschung ist darauf angewiesen, daß die Betroffenen sich als Probanden zur Verfügung stellen. Bei Anwendung des BSeuchG kann eine Anonymität nicht mehr zugesagt werden, die Probanden bleiben weg, die Forschung wird lahmgelegt.

— Die Erfassung der Betroffenen gibt den sog. Nicht-Betroffenen ein falsches Gefühl der Sicherheit. Die eigene Verantwortung wird nicht mehr wahrgenommen, notwendige Schutzmaßnahmen (z.B. Kondom) nicht mehr beachtet, *das Virus kann sich ungehindert verbreiten!*

Zusätzlich zu diesen bedrohlichen Folgen gilt es noch folgendes festzuhalten:

— Da die HIV-Antikörper in der Regel erst drei Monate nach erfolgter Ansteckung nachgewiesen werden können, müßte die *gesamte Bevölkerung* mindestens zweimal in einem Interval von drei Monaten getestet werden. Eine Beschränkung auf zufällig erfaßte Angehörige der sog. Hauptrisikogruppen (Homosexuelle, Bisexuelle, Drogenabhängige, Prostituierte) gibt keinen Sinn.

— Damit die Zwangsmaßnahmen überhaupt wirksam werden können, müßte ein lückenloses Kontroll- und Überwachungssystem geschaffen werden. Dies hätte die Außerkraftsetzung unseres Rechtsstaates, den Aufbau eines Polizeistaates zur Folge.

Guido Vael
Vorstandsmitglied der Münchner AIDS-Hilfe e.V.

Perspektiven einer Zukunft?

Was würde die Ausführung der Pläne zum Zwangstest kosten?

Bayern hat 11 Millionen Einwohner. Rechnerisch ergeben sich also ca. 270.000 männliche homosexuelle Bayern. Gemäß der Planung sollte konsequenterweise jeder von ihnen jede Woche zwangsgetestet werden. Ein solcher Test (ELISA-Test) kostet 25 DM. Rechnen wir: 270.000 x 25 = 6.750.000 DM jede Woche, also in einem Jahr 351 Mio DM.

Hinzu kommen die Kosten für Bestätigungstests (60 DM), falls der erste positiv ausfällt. Gehen wir davon aus, daß 30 % der ersten Tests positiv sind, so ergeben sich ca.: 80.000 x 60 = 4.800.000 DM in der Woche, also jährlich weitere 250 Mio.

Die jährlichen Kosten würden sich also auf 600 Mio. belaufen. Auf das Jahr 2000 hochgerechnet ergäbe das die stolze Summe von 7,8 Milliarden DM. Nur für Zwangstestung Homosexueller. Nicht dabei sind Bisexuelle, deren Sexpartner, Prostituierte beiderlei Geschlechts und Drogenabhängige. In obige Kostenrechnung fließen noch nicht ein die Kosten für Verwaltung, Polizeieinsätze usw.

Wer soll das bezahlen?

Wie würde es mit der Einschränkung der Bewegungsfreiheit aussehen?

Noch offen ist, ob, wer jede Woche zum Zwangstest muß, Bayern länger als 1 Woche verlassen darf. Angenommen nein, wie sähe die Situation aus, wenn Urlaube, Besuche und Dienstreisen nicht mehr länger als 1 Woche dauern dürften?

Ein Schlaglicht auf zahlreiche politische Probleme, die sich als Konsequenz ergäben.

Was würde eine namentliche Meldepflicht für die ärztliche Schweigepflicht bedeuten?

Für diejenigen, die sich, im Glauben der Forschung zu dienen, wissenschaftlichen Studien als Probanden zur Verfügung gestellt haben, würde die Schweigepflicht wegfallen, falls sie HIV-Antikörper-positiv sind. Es

darf angenommen werden, daß sich künftig niemand mehr für Studien zur Verfügung stellen würde und die Forschung damit beeinträchtigt werden könnte.
Jeder Arzt müßte einen Positiven oder Kranken den Behörden melden. Das Vertrauensverhältnis wäre mithin zerstört.
Eine persönliche Beratung, bei der die Gefahr einer Registrierung drohend schwebt, wäre nahezu unmöglich. Beratung wäre praktisch beschränkt auf Telefonate, denen naturgemäß die persönliche Komponente fehlt.

Ein Szenario als logische Konsequenz der Zwangstestung?

Man nehme folgendes an: Der zwangsweise HIV-Antikörper-Test ist „positiv". Müßte dann — gemäß dem Szenario von KVR und Innenministerium — nicht eine Belehrung erfolgen, daß der Positive „bei einem Aufenthalt an gefährdeten Orten ein Sicherheitsrisiko für die Öffentlichkeit darstellt" und „daß er bei neuerlichem Antreffen in Sicherheitsgewahrsam genommen wird"? Müßte dann nicht jemand, der sich den polizeilichen und gesundheitspolizeilichen Maßnahmen entzieht „zur Triebdämpfung chemisch behandelt werden" (chemische Kastration)?
Wurde diese Konsequenz von den politisch Verantwortlichen durchdacht?

„Faschistische Propaganda"?

„Die Forderung des ‚Vereins zur AIDS-Verhütung', alle Bundesbürger zwangszweise auf HIV-Antikörper zu untersuchen und bei positivem Testergebnis den Betreffenden entsprechend zu tätowieren, darf nach einem Beschluß des Oberlandesgerichts Nürnberg als ‚faschistische Propaganda' bezeichnet werden." (AIDS-Informationsdienst 15, Nov. 1986)
Hintergrund war die Klage des Vereinsmitglieds Dr. A. gegen die AIDS-Hilfe Nürnberg-Erlangen, die diese Wertung gegeben hatte.
In der Urteilsbegründung heißt es: „Die AIDS-Hilfe Nürnberg-Erlangen hat ihre Wertung im Rahmen des Grundrechts der freien Meinungsäußerung und in Wahrnehmung berechtigter Interessen geäußert."
Wenn man die Forderungen des ominösen „Vereins zur AIDS-Verhütung" als „faschistische Propaganda" bezeichnen darf, wie soll man dann die jetzt enthüllten Pläne nennen?
dr

Verantwortungsvolles Handeln wird verpönt!

Die Schwulen haben sehr schnell erkannt, welche Bedrohung die Krankheit AIDS ist. Sie haben aber sofort ihre Verantwortung angenommen.

— Bereits 1983 wurden die ersten AIDS-Hilfen von Schwulen gegründet. In der Zwischenzeit ist ein ganzes Netz von psychosozialen Beratungsstellen aufgebaut worden. Diese Beratungsstellen stehen nicht nur den Schulen zur Verfügung, sondern das Angebot an Aufklärung, Beratung, Betreuung und soziale Hilfe kann jedermann/-frau, die von AIDS betroffen ist, in Anspruch nehmen. Die Arbeit wird zum großen Teil von Schwulen ehrenamtlich geleistet, wobei sie bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gehen.
— Auch wenn in der Zwischenzeit diese Beratungsstellen mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, kommen sie ohne Spenden nicht aus. Die Münchner AIDS-Hilfe erhält den Löwenanteil ihrer Spenden aus der schwulen Szene!
— Die medizinische Forschung wäre ohne die freiwillige Mitarbeit der Münchner Schwulen nicht möglich: die Neopterin-Studie beim Gesundheitsamt, die Studie von Dr. Jäger am Schwabinger Krankenhaus, die Kohortenstudien bei Prof. Dr. Dr. Braun-Falco und Prof. Dr. Goebel.
— Es war die Münchner AIDS-Hilfe, die im Herbst 85 die *erste* Fortbildungsveranstaltung für niedergelassene Ärzte durchführte, es war die Münchner AIDS-Hilfe, die den *ersten* großen Kongreß zur psychosozialen Betreuung von AIDS- und AIDS-Vorfeldpatienten ermöglichte. Die Reihe läßt sich beliebig lang fortführen.
— Ich will damit niemanden beweihräuchern, aber es zeigt doch klar, wie hoch das Verantwortungsgefühl in der Münchner schwulen Szene ist.
Diese Szene möchte Herr Dr. Gauweiler zerstören! Er zerstört gleichzeitig die Münchner AIDS-Hilfe, er zerstört damit das Leben der Betroffenen!
— Herr Dr. Gauweiler bezeichnet die Arbeit der AIDS-Hilfen als „eine gescheiterte Broschürenpolitik", als „Schokolade für Diabetiker" (Pro und Contra-Sendung). Eine gröbere Mißachtung hätte er nicht aussprechen können.
— Dieser Artikel soll nicht als Klagelied verstanden werden, er soll nur die Gefühle, die die vielen schwulen Mitarbeiter der AIDS-Hilfen z.Zt. haben, verständlich machen.

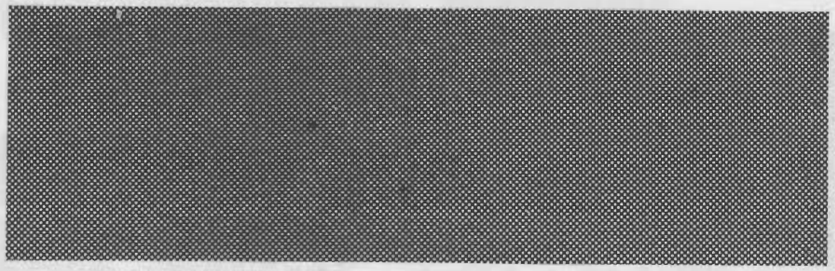
Für mich persönlich gilt: die Überzeugung, die richtige Arbeit zu leisten, schützt mich vor Radikalisierung.
Guido Vael, Vorstandsmitglied der Münchner AIDS-Hilfe e.V.

Ein zu heißes Eisen?
Stadtzeitung feuert Autor

In seinem Artikel „Zwangstest für alle" (Münchner Stadtzeitung 24/86) enthüllte Ejo Eckerle die Skandal-Pläne von Innenministerium und Kreisverwaltungsreferat. Am Tag des Erscheinens wurde ihm vom Herausgeber Arno Hess die Kündigung gleich in zweifacher Ausfertigung zugestellt, als fristlose und fristgerechte.

In der Begründung hieß es, daß er in einem früheren Artikel über Graffiti-Sprayer die journalistische Sorgfaltspflicht verletzt habe; angekreidet wurde ihm vor allem auch sein inzwischen berühmter Bericht zu Zwangstests. Hierzu meint der Stadtzeitungs-Herausgeber im Kündigungsschreiben: „Durch Ihr Vorgehen sind wir wieder der Gefahr von Ermittlungen ausgesetzt. Unsere Beziehungen zu den Behörden sind empfindlich gestört, ebenso ist das Ansehen der Stadtzeitung herabgesetzt."

Nach Aussage von Ejo eine späte Erkenntnis des Herausgebers, denn der Bericht sei ihm Tage vorher bekannt gewesen. Inzwischen scheint dieser auch zu der Auffassung gelangt zu sein, daß der Artikel dem Renomee eher förderlich ist, denn Kündigungsgrund Nummer zwei wurde inzwischen schriftlich zurückgezogen. Offen bleibt die Frage, wieso das Eisen zwischendurch zu heiß geworden war. Übrig bleibt auch das schale Gefühl mangelnder Solidarität.
dr



Rechtlicher Schutz vor Zwangstest?

Die Pläne von Kreisverwaltungsreferat und Innenministerium zur Zwangstestung fußen auf den rechtsphilosophischen Vorstellungen des Münchner Professors Hans-Ulrich Gallwas. Nach seiner Ansicht sei auf AIDS das Bundesseuchengesetz anwendbar. Weiterhin sei kein Unterschied zu sehen zwischen „Ausscheidungsverdächtiger" (jeder Schwule gilt für ihn als solcher) und „Kranker". In diese Kategorie falle, wer „zu einer Risikogruppe für AIDS gehört oder wenigstens Merkmale solcher Risikogruppen erfüllt, etwa gerade von einer Reise nach Haiti, in die Karibik oder Zentralafrika zurückgekommen ist." ... Demzufolge muß es für die Annahme eines Ausscheidungsverdachts beispielsweise ausreichen, daß jemand, nachdem die Krankheit in einigen Städten der Bundesrepublik aufgetreten ist, eine räumliche Beziehung zu diesen Städten hatte oder hat (Aufenthalt), und daß er einer Risikogruppe angehört oder mit Personen, die einer Risikogruppe anzurechnen sind, Kontakt hält oder gehalten hat." (AIFO 1, 1986)

Soll man also fordern, daß die Passagierlisten aller Flüge in die von Gallwas genannten Regionen ausgewertet werden und alle Personen zwangsgetestet werden? Soll man also fordern, daß das Fremdenverkehrsamt München in allen seinen Prospekten druckt: „Der Aufenthalt in München gefährdet Ihre Gesundheit"?

Es gibt in der Tat Juristen, die die Gallwas-Argumentation als nicht stichhaltig ablehnen.

Sie enthält folgende Schwachstellen:

— Die Vorschriften im Bundesseuchengesetz sind zum Teil „Ermessensvorschriften" und basieren dann auf der Willensentscheidung einer Behörde.
— Trifft eine Behörde eine Willensentscheidung, muß sie sich nach den *Grundsätzen der Zweckmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit* richten.
— Es ist aber keineswegs erwiesen, daß Zwangsmaßnahmen der Verbreitung von HIV-Infektionen Einhalt gebieten.
— Ein (wöchentlicher) Zwangstest sei auf jeden Fall ein gravierender Eingriff in die Persönlichkeit und in die körperliche Unversehrtheit.
— Mithin ist weder die Zweckmäßigkeit noch die Verhältnismäßigkeit gegeben.

Die politische Situation hat sich durch die Kabinettsumbildung eindeutig verschärft. Das KVR unter Gauweiler konnte als übergeordnete Behörde dem Gesundheitsamt Anweisungen erteilen, die dieses jedoch nicht zu befolgen brauchte. Beide unterstehen aber dem bayerischen Innenministerium. Dessen Weisungen *muß* das KVR und das Gesundheitsamt befolgen. Wie oben erläutert, bestehen trotzdem rechtliche Chancen. Zudem: Zwar ist vom Behördenaufbau her eine Anweisung zu Zwangstests möglich, doch ob diese rechtens sind, ist eine gänzlich andere Frage.

Was kann ich tun, wenn ich zum Zwangstest soll?

Hier muß man unterscheiden, ob man eine Vorladung zum Test erhält oder von der Polizei mitgeschleppt wird, wenn man an einem Schwulen-Treff einer Razzia zum Opfer fällt.

Zum ersten, der Einladung zum HIV-Antikörpertest. Auf jeden Fall soll man sofort zurückschreiben, daß man *„die Maßnahme nicht für rechtens hält"*. Dazu soll man durchaus überlegen, ob man der Aufforderung überhaupt Folge leistet. Ratsam ist es, sich bei der AIDS-Hilfe über den aktuellen rechtlichen Stand zu informieren (Tel.: 26 90 40) oder sich von dort oder dem Rosa Telefon (59 80 00) einen vertrauenswürdigen Anwalt zur Rechtsauskunft nennen zu lassen.

Was, wenn man Opfer einer Razzia wird?

Nach Auskunft von Bundesanwalt Bruhns muß man sich Blut zwar abzapfen lassen, man sollte aber *auf jeden Fall gegen die ausführenden Polizisten, Ärzte oder Beamten sofort und alsbald Anzeige wegen Körperverletzung stellen.*

Verweigert man die Blutentnahme, besteht die Gefahr einer Anzeige wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. In diesem Fall *muß ein Gericht prüfen, ob die Blutentnahme rechtens war.* Es kann also zu einem Musterprozeß kommen (wir verweisen auf den gebildeten Rechtshilfefonds Münchner Schwulengruppen). Entscheidet das Gericht, daß die Blutentnahme nicht rechtmäßig war, so ist Widerstand gegen die Staatsgewalt nicht strafbar, da der Widerstand rechtens war. Man geht also ein gewisses Risiko ein. Zu bedenken ist, daß keine juristische Wehr 100%ig zu einer nachteiligen Situation führt.

Was gibt es bei normalen ärztlichen Untersuchungen zu beachten?

Im Falle jeder Blutentnahme durch einen Arzt — auch dem Hausarzt — empfiehlt es sich, mit Hinweis auf die ärztliche Schweigepflicht darauf zu bestehen, daß auf der Blutprobe *weder Name noch Geburtsdatum vermerkt werden,* wenn die Probe in ein fremdes Labor gegeben wird. Ansonsten besteht die Gefahr, daß das Ergebnis einer HIV-Antikörper-Untersuchung registriert und einem auch gegen seinen Willen mitgeteilt wird. Die ärztliche Schweigepflicht wäre damit umgangen.

Tatsächlich gibt es viele Ärzte, die einen HIV-Antikörpertest durchführen, ohne den Patienten um seine Erlaubnis zu fragen und ohne, daß ein medizinischer Grund vorliegt. Man sollte daher unbedingt einen Arzt seines Vertrauens aufsuchen und wissen, daß man das Recht hat, *jederzeit den Arzt zu wechseln.*

dr

Umgang mit der Polizei

1. Ausweiskontrollen
Ein Polizist darf unter bestimmten Umständen eine „Feststellung der Identität einer Person" vornehmen, sprich Ausweise kontrollieren.
Als amtlicher Ausweis gelten nur Personalausweis und Reisepaß.
Trägt man keinen Ausweis bei sich, dürfen die Personalien überprüft werden. Und zwar entweder per Durchsage an eine Polizeiinspektion oder durch Mitnahme aufs Revier.
Eine Pflicht, den Ausweis mitzuführen, besteht nur für Westberliner in Westberlin, jedoch nicht für Bewohner der Bundesrepublik Deutschland. Jedoch riskiert man andernfalls, zur Feststellung der Personalien festgehalten zu werden.
Eine Ausweiskontrolle ist nur unter bestimmten Voraussetzungen gestattet. Der Grund der Kontrolle darf selbstverständlich erfragt werden. Auf Verlangen muß sich auch der Polizist ausweisen (Art. 6, Polizeiaufgabengesetz), „soweit der Zweck der Maßnahme dadurch nicht beeinträchtigt wird."

2. Angaben bei Ausweiskontrollen
Bei Kontrollen müssen lediglich folgende Angaben gemacht werden:

a) Name
b) Adresse
c) Geburtsdatum
d) Staatsangehörigkeit.

Der Polizist kann natürlich auch eine Menge anderer Fragen stellen (nach Beruf, Arbeitgeber, Eltern ...), die man aber nicht beantworten muß. Es ist im allgemeinen sogar davon abzuraten, weitere Angaben zu machen. Auch bei einer Vernehmung oder einem Verhör müssen lediglich die Angaben a) - d) gemacht werden.

3. Notieren der Personalien
Notiert ein Polizist im Zuge einer Ausweiskontrolle die Personalien, kann man eine schriftliche Bestätigung (sog. „Schredder"-Erklärung) darüber verlangen, daß die Daten nach Überprüfung vernichtet werden. Das ist wichtig, um das Anlegen von Rosa Listen zu verhindern.

4. Vernehmungen und Verhöre
Nach jeder Festnahme erfolgt eine Vernehmung. Die Rechtslage des Festgenommenen klärt § 136 Abs. 1 der Strafprozeßordnung:
„Bei Beginn der ersten Vernehmung ist dem Beschuldigten zu eröffnen, welche Tat ihm zur Last gelegt wird und welche Strafvorschriften in Betracht kommen. Er ist darauf hinzuweisen, daß es ihm nach dem Gesetz freisteht, sich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor seiner Vernehmung, einen von ihm zu wählenden Verteidiger zu befragen. Er ist ferner darüber zu belehren, daß er zu seiner Entlastung einzelne Beweiserhebungen beantragen kann. (...)"
Die Polizei muß ein Protokoll führen. Ehe man es unterschreibt, sollte man es aufmerksam und ohne Zeitdruck durchlesen. Oft verdrehen Formulierungen des Protokollführers die eigene Aussage.

5. Dienstaufsichtsbeschwerde
Ist man der Meinung, von einem Beamten oder einer Behörde nicht korrekt behandelt worden zu sein, soll man unbedingt eine Dienstaufsichtsbeschwerde einlegen. Sie ist schriftlich an den Vorgesetzten (z.B. den Polizeipräsidenten) zu richten. Erhält man innerhalb von drei Monaten keine Antwort, empfiehlt es sich, nachzuhaken und eventuell eine neuerliche Dienstaufsichtsbeschwerde einzureichen, da die erste Beschwerde nicht in angemessener Zeit bearbeitet worden war.

(Ausführliche) Informationen über juristische Fragen, die Schwule betreffen können, gibt auch der Rechtsratgeber für Schwule, „RECHT SCHWUL" vom Verlag Rosa Winkel.
dr (Nachdruck aus KJ 4/85)

Razzia? · Bespitzelungen? · Zwangstests? · Repression?

Ist Euch das widerfahren? Oder habt Ihr stichhaltige Hinweise, daß andere Schwule in neuerer Zeit von Polizei oder Behörden mit Pressionen belegt worden sind?
Illegale Maßnahmen müssen in die Öffentlichkeit. Wir verweisen auf den Appell der Münchner AIDS-Hilfe, ihr repressive Maßnahmen gegen Schwule zu melden. Gleiches gilt für uns. Schreibt uns, notfalls anonym, am besten aber mit Absender und Telefonnummer, um gegebenenfalls Rücksprache nehmen zu können.

kellerjournal
c/o VSG e.V.
Dachauer Str. 42
8000 München 2

Löwenspiegel
c/o MLC e.V.
Postfach 33 01 63
8000 München 33

Münchner AIDS-Hilfe
Müllerstr. 44
8000 München 5

Fühlst auch Du Dich bedroht?
Willst Du etwas unternehmen?

Du kannst spenden.

Es wurde von Münchner Schwulengruppen ein Rechtshilfefonds eingerichtet, der denjenigen helfen soll, die Opfer von Zwangsmaßnahmen werden. Näheres können wir zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht wissen.

Es handelt sich um ein Sonderkonto, das über den VSG geführt wird.

Du kannst einzahlen auf:
Kto-Nr. 354 294 76
bei der: Bayerischen Vereinsbank
BLZ 700 202 70
Kennwort: Rechtshilfefonds

Rosa Telefon
598000

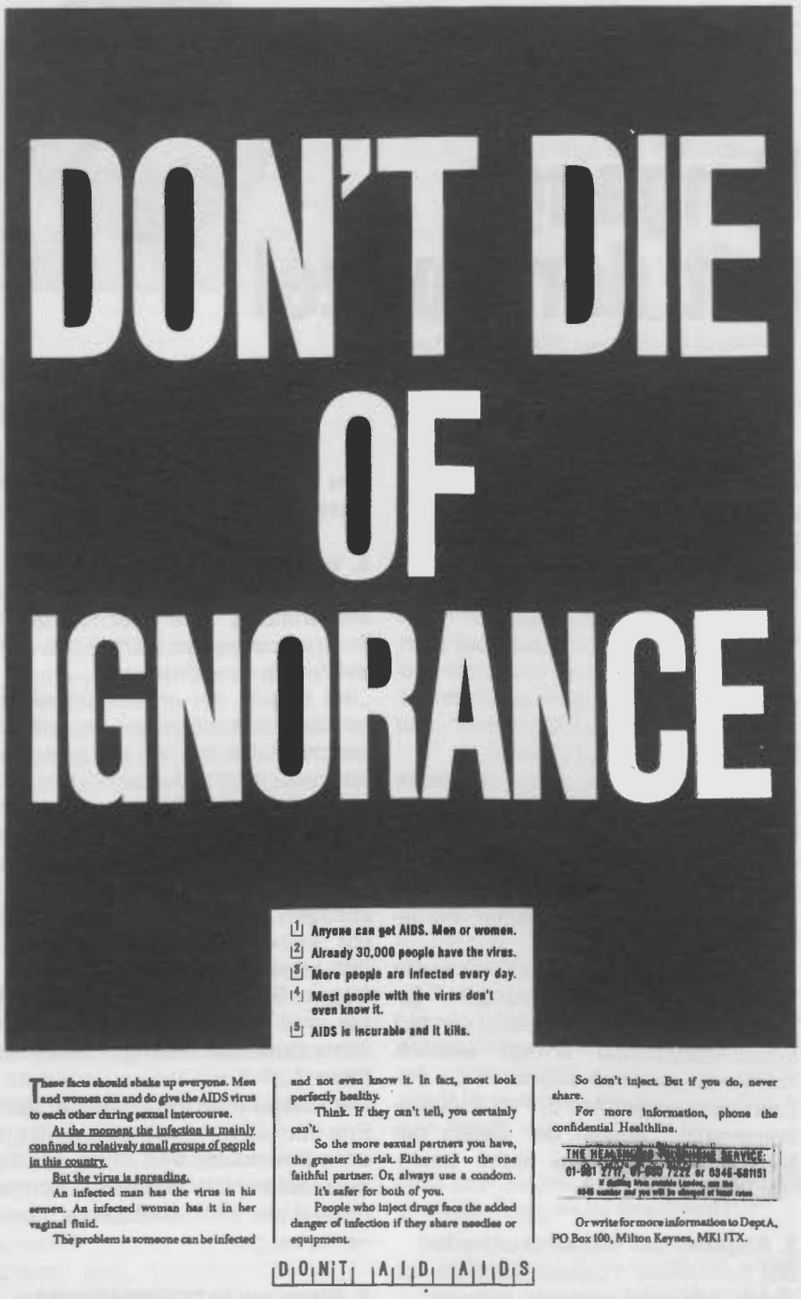
Rechts-schutz?

Mancher unterhält eine Rechtsschutzversicherung für den privaten Bereich — meist Familienrechtsschutz genannt. Kann man hier auf (finanzielle) Hilfe rechnen, wenn man sich gegen Registrierungen, Zwangsuntersuchungen oder Schlimmeres wehren will unter Anrufung der Gerichte? Einen Vertrag lernt man am besten kennen, wenn man bei den Bedingungen die Risikoausschlüsse liest.

Ausgeschlossen sind Versicherungsfälle, die durch Verletzung von Vorschriften des Strafrechts entstanden sind, außer das Vergehen kann sowohl vorsätzlich als auch fahrlässig begangen werden und es liegt einwandfrei Fahrlässigkeit vor. Besteht also eine Meldepflicht oder Pflicht zur Untersuchung aufgrund von Rechtsvorschriften einmal, so wird die Rechtsschutzversicherung sicher keine Leistung mehr erbringen.

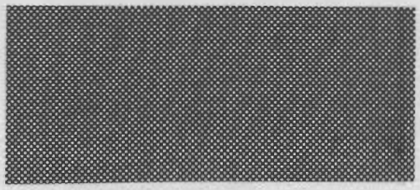
Im Vorfeld, also zur Zeit, ist es wohl so, daß man nur mit einer Klage wegen Körperverletzung o.ä. zum Zuge käme. Der Anwalt muß also nicht nur tätig werden, sondern er muß sehr geschickt sein, um auf zivilrechtlichem Terrain erfolgreich zu vertreten und eine Formulierung zu finden, die die Rechtsschutzversicherung zur Kostenübernahme zwingt. Das kann dazu führen, daß die Versicherung, weil es sich um einen Grenzfall handelt und es ein Einzelfall ist und die Kosten überschaubar bleiben, sich kulant zeigt oder auch nicht. Sicher nicht dann, wenn gehäuft für derartige Fälle Kostenübernahme gefordert wird. Dann wird der Verband eingeschaltet und auf Verbandsebene für alle Versicherer gemeinsam entschieden. Meine Prognose hier wäre, daß die Versicherer sich gegen eine Kostenübernahme entscheiden.

Bis so etwas entschieden wäre, ist man sicher schon mehrmals zwangsweise einer Untersuchung zugeführt worden. So wie der Verband der Rechtsschutzversicherer hier gemeinsam entscheiden würde, müssen wir uns jetzt dafür entscheiden, daß dem Verband eine Entscheidung erspart bleibt:
Politisch kämpfen gegen Intoleranz und Angstmacherei. rs



Solche und ähnliche ganzseitige Anzeigen erscheinen derzeit in allen großen Zeitungen Großbritanniens. Parallel dazu läuft eine große Serie von Aufklärungs-Spots im Fernsehen. Hier außerdem ein Beispiel aus Berlin: (s. KJ 6/86)

UND BEI UNS?



Die Macht (?) des Schicksals

Immer mehr werden wir Schwule verunsichert durch Zeitungsartikel im Zusammenhang mit AIDS. In den Wissenschaftsnachrichten liest man immer öfter negative Prognosen, die sich auf neuere Statistiken beziehen.

Zu Statistiken haben viele kluge Leute viel Kluges gesagt und geschrieben, heute wie vor 100 Jahren — Quintessenz: Statistik beweist, was man beweisen will.

Schlechte Prognosen auf diesem Feld bedingen nicht die Rufe der Scharfmacher nach Registrierung, Markierung eventuell auch Internierung — sie sind die Begründungen für derartige Forderungen.

Politik wurde immer mit Hilfe von Angst gemacht, denn Angst verschafft Macht. Auch benutzt die politische Rechte diesen Mechanismus nicht alleine — die Linken sagen einem nur andere Dinge, vor denen man Angst haben soll. Manchmal schüren beide die gleiche Angst (München ist da ein Paradebeispiel!).

Seit sich Wissenschaftler mit der Erforschung von AIDS beschäftigen, nutzen sie die Hilfsbereitschaft vieler Schwuler. Sei es um Gewohnheiten der Schwulen kennenzulernen zur Erkennung von Risikofaktoren (welcher Schwule kann sich vorstellen, daß Mann/Frau-Pärchen Analverkehr praktizieren? — umgekehrt ist der Wissensstand bei Nichtschwulen auch eher ein Zeichen, welche Vorurteile gepflegt werden), sei es um Probanden zu rekrutieren (immer für eine gute Sache — eine/r wird den Nobelpreis schon bekommen).

Viele Schwule, die bereit waren, der Wissenschaft und Menschheit zu dienen, müssen heute eine Reihe von Ängsten unter Kontrolle halten.

Bleibt ihre Anonymität gewahrt, auch dann, wenn die Politiker die Meldepflicht zur bitteren Wahrheit werden lassen (Beispiel Mustersozialismuswunderland Schweden).

Was wird aus mir, wenn mein Testergebnis „positiv" war? Hier fehlt eine umfassende Betreuung (nicht jeder will in eine Positiv-Gruppe, nicht jeder braucht alles, aber alle brauchen Offenheit, die bisher fehlt. Beim „versehentlichen" .Nennen des Befundes war man ja auch offen, auch wenn es nicht gefragt war.) Gerade Medizinerinnen, die glauben, nur oder gerade Frauen verstünden Schwule besser, sind auf dem Holzweg — sie haben noch gar nichts verstanden!

Probanden fanden sich zu den anonymen Tests, um zu helfen, sicher aber auch, um Hilfe zu erhalten.

Einmal in der Form des Wissens, da ist nichts: Befund „negativ". Diejenigen, die aber diesen „Persilschein" nicht erhielten, hofften nachher wenigstens auf Unterstützung im Vorfeld; z.B. wie stabilisiere ich mein Immunsystem o.ä.

Nach einigen Untersuchungsfolgen muß der Proband aber erkennen, daß Wissenschaftler möglichst störungsfrei forschen wollen — den Krankheitverlauf vom ersten Nachweis im Blut bis zum letalen Ende. Wie anders ist zu verstehen, daß bei derartigen Untersuchungen mehr erschreckt als erfreut die Frage gestellt wurde: „Nehmen Sie abwehrstärkende Mittel ein?"

Es ist höchste Zeit, daß sich auch Forscher in Sachen AIDS erinnern, wie der Hippokratische Eid lautet, daß sie mit Menschen zu tun haben. Ich fordere Sie auf, Stellung zu beziehen gegen die Intoleranz und Angstmacherei — oder sie sollen sich bekennen, nichtgefragt ist opportunistisches Schweigen.

Dachau und Auschwitz wurden auch nicht lärmend im Schlaglicht der Öffentlichkeit erbaut. Die Pläne aus der Schublade des Innenministers scheuen auch das Licht der Öffentlichkeit — sie gehören ins Helle gezerrt, wie alle Parteigänger für solche Pläne, ob von links oder rechts, Wissenschaftler in Sachen AIDS oder Funktionär! Was würden solche „Neofaschisten" wohl zu dem Verlangen nach Registrierung und Markierung durch ein auftätowiertes „N" sagen? Sie gefährden nicht die Gesundheit? Beispiele der Geschichte belegen das Gegenteil — sie sind gefährlicher als jeder Virus! rs

Adressen der AIDS-Beratungsstellen in München

Allgemeine AIDS-Beratung
Münchner AIDS-Hilfe e.V.
Müllerstr. 44, Rgb.
8000 München 5
26 90 40 / Mo-Sa 19-22 Uhr

Gesundheitsamt München
Dachauer Str. 90
8000 München 2
5207 - 270

Selbsthilfegruppen für Test-Positive
Die Treffpunkte erfahren Sie über die lokalen AIDS-Hilfen.

Partnerschafts-, Sexual- und Schwangerschaftsberatung pro familia e.V.
Türkenstr. 103
8000 München 40
39 90 79

Drogenberatung
Telefonnotruf für Suchtgefährdete
Tal 19
8000 München 2
22 50 52 oder 28 28 22

Drogenberatung der Landeshauptstadt München
Pettenkoferstr. 40, Rgb.
800 München 2
233 - 3236

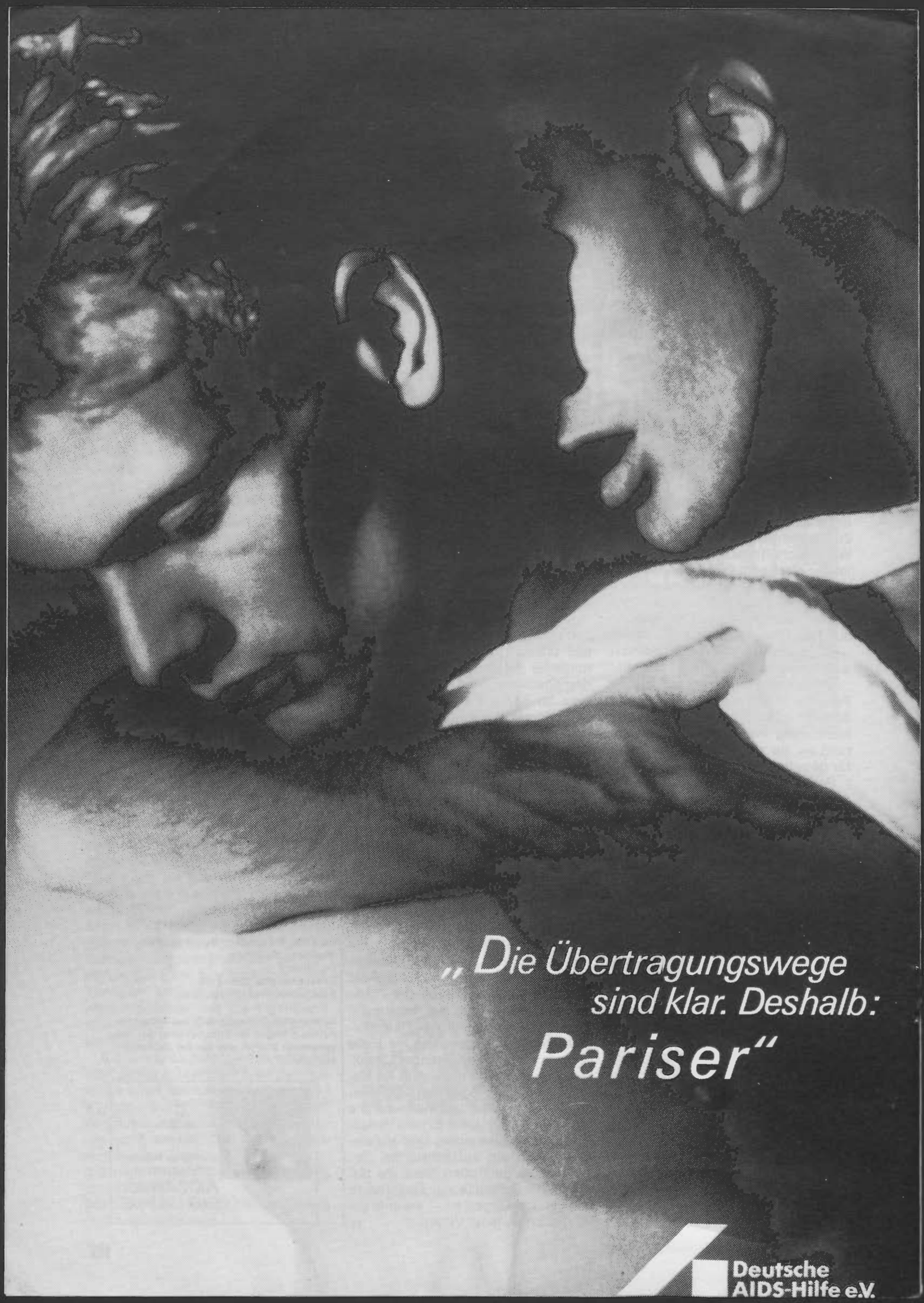
Homosexuellen-Beratung
Rosa Telefon c/o VSG
Postfach 15 22 08
8000 München 15

Beratung für spezielle Berufsgruppen medizinische Berufe:
Dr. Fröschl
Konsiliartelefon 539 - 7659
Arbeitsschutztelefon 218 42 47

Beratungsstellen außerhalb des Münchner Raums erfragen Sie bitte bei einer der oben genannten Stellen oder bei der Deutschen AIDS-Hilfe.

Information
Aufklärung
Beratung
Betreuung
Hilfe

Montag bis Samstag
19.00 — 22.00 Uhr
AIDS-Telefon
089 - 26 90 40


„Die Übertragungswege
sind klar. Deshalb:
Pariser“
Deutsche
AIDS-Hilfe e.V.